Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 575 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2.00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Mittwoch-Ausgabe

Mittwoch, 19. November

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 50 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Sämtliche Weimarer Gerichtsbehörden haben wegen Kohlenmangels den Dienst eingestellt.

* Das neue estnische Kabinett setzt sich aus vier Mitgliedern der Volkspartei, drei Mitgliedern der Arbeiterpartei, drei Sozialdemokraten und zwei Parteilosen zusammen.

* Bei Pleskau trat am Montag eine bolschewistische Abordnung mit den Esten zu Beratungen zusammen, die zunächst dem Austausch von Geiseln gelten.

* In Mailand erfolgte im Anschluß an einen Demonstrationszug der sozialistischen Arbeiter ein neuer Bombenanschlag, durch den acht Personen verletzt wurden. Der Generalstreik wurde für Mailand erklärt.

Frankreichs neue Kammer

Paris, 18. November.

„La Presse de Paris" schreibt in einer Sonderausgabe: Die Wahlen scheinen nach den unvollständigen Meldungen, die wir besitzen, die Physiognomie der Kammer merklich umgestaltet zu haben. Zahlreiche Abgeordnete, und nicht die unbedeutendsten, haben vor dem allgemeinen Stimmrecht keine Gnade gefunden. Die bemerkenswerteste Niederlage ist die der Liste der unifizierten Sozialisten in der Umgegend von Paris. Die Niederlage Longuets und der extremistischen Liste, die er führte, wird nicht nur in Frankreich, sondern in der ganzen Welt kommentiert werden. Ebenso bemerkenswert, wenn auch in anderem Sinne, ist der Mißerfolg Franklin Bouillons.

Von Mitarbeitern Clemenceaus sind gewählt: Loucheur, Klotz, Leygues, Abrami, Mandel, Abel, Albert Sarraut. Ferner sind gewählt: Deschanel, Viviani, Briand, Herriot. Unterlegen sind: Augagneur, Colliard, Renault, Paul Morel. Auch Messimy scheint unterlegen zu sein. Renaudel ist wiedergewählt. In Elsaß-Lothringen scheinen nationale Blockkandidaten gewählt zu sein. Das dürfte bedeuten, daß dort keine Sozialisten und keine Radikalen gewählt wurden. Im Departement Aveyron siegte General Castelnau, in Metz General Maud Huy.

Der Kaiserprozeß erst in zwei Jahren

London, 18. November.

Wie die „Pall Mall Gazette" meldet, gab ein hervorragendes Mitglied der Regierung der Ansicht Ausdruck, daß der Kaiserprozeß innerhalb der nächsten zwei Jahre in London stattfinden werde.

Die Dardanellen-Expedition

London, 18. November.

Heute wurde der Bericht der Untersuchungskommission über die Dardanellen-Expedition veröffentlicht. Der Bericht erklärt, daß das Unternehmen nicht genügend geplant worden sei, und daß man sich über gewisse Schwierigkeiten keine Rechenschaft gegeben habe. Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß die Entschließung Lord Kitcheners, die Dardanellen sofort zu räumen, die einzige Maßnahme gewesen sei, die den dortigen Umständen entsprechen konnte.

Aufstand der Sozialrevolutionäre in Petersburg

Wilna, 18. November.

Die Petersburger bolschewistische „Prawda" berichtet, daß in Petersburg ein Aufstand der Sozialrevolutionäre blutig unterdrückt wurde. Im Anschluß daran brach sofort ein zweiter Aufstand aus, an dem sich außer den Arbeitern auch Teile der Roten Armee beteiligten. Es kam zu heftigen Straßenkämpfen. Trotzki befahl die Aufhebung des Petersburger Soldatenrates.

*

Wie die „Dena" aus Warschau erfährt, bringt die letzte Nummer der in Warschau eingetroffenen Moskauer „Iswestija" einen Artikel Trotzkis, in dem er Finnland vor einer Intervention gegen die Sowjets warnt. Die bolschewistische Kriegführung beabsichtige zwar einen zu großen Weltmaßstab, um auf eine finnische Provokation zu reagieren, doch würde Sowjet-Rußland im Falle eines finnischen Angriffs mit der Vernichtung der gesamten finnischen Bourgeoisie und einem Kreuzzug des Todes und der Vernichtung antworten. Er erklärt, daß die Sowjet-Regierung in diesem Falle nach Finnland die Baschkiren-Kavallerie entsenden würde.

O.-H.-L. und U-Bootkrieg

Generalfeldmarschall von Hindenburg legt die Gründe der Obersten Heeresleitung dar, die zum uneingeschränkten U-Bootkrieg führten — Ein Zwischenfall wegen der „Werturteile"

Die Fragen an Hindenburg

Folgende sechs Fragen wurden vom Untersuchungsausschuß Generalfeldmarschall von Hindenburg vorgelegt:

1. Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 1. Februar 1917 für unaufschiebbar, und aus welchen Gründen?

2. Waren der Obersten Heeresleitung die Gegengründe gegen die Eröffnung des U-Bootkrieges, wie sie sich insbesondere aus den Ausführungen der Unterstaatssekretäre von Haniel und Albert ergaben, bekannt? Aus welchen Gründen hat die Oberste Heeresleitung die gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg vorgebrachten Gegengründe als stichhaltig nicht anerkannt?

3. Aus welchen Gründen nahm die Oberste Heeresleitung, wie sich aus dem Telegramm des Feldmarschalls von Hindenburg vom 23. Dezember 1916 an den Reichskanzler ergibt, an, daß der Friedensappell Wilsons vom 21. Dezember 1916 durch England hervorgerufen sei, und nicht auf die von der Reichsleitung angeregte Friedensaktion Wilsons zurückgehe?

4. Waren der Obersten Heeresleitung die einzelnen Stadien der Wilson-Aktion bekannt? Waren ihr insbesondere am 9. Januar 1917, als der Entschluß zur Eröffnung des U-Bootkrieges gefaßt wurde, die Berichte des Grafen Bernstorff aus der Zeit vom 21. Dezember 1916 bis 9. Januar 1917 bekannt?

5. Hat die Oberste Heeresleitung angenommen, daß England bis längstens 1. Juli 1917 zum Frieden gezwungen werden könne, wie dies in der Denkschrift des Admiralstabes vom 22. Dezember 1916 in Aussicht gestellt war?

6. General Ludendorff berichtet in seinem Buch, Seite 253, daß am 29. Januar 1917 bei der Besprechung im Großen Hauptquartier von seiten der Reichsleitung ein Aufschub des Beginns des uneingeschränkten U-Bootkrieges nicht gefordert worden sei, während Herr von Bethmann Hollweg in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß betont hat, er habe eine solche Forderung gestellt. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

*

(Fortsetzung.)

Berlin, 18. November.

Von unserem hf-Sonderberichterstatter wird uns gedrahtet:

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Hindenburg: Wir hielten den uneingeschränkten U-Bootkrieg schon bei Uebernahme unseres Amtes am 29. August 1916 für geboten. Die näheren Ausführungen darüber wird Ludendorff machen. Im übrigen ist unsere darauf bezügliche Ansicht in den Akten entsichtet. Die Geschichte wird auf das, was wir darin ausführten ihr endgültiges Urteil sprechen. Wir beten die Reichsleitung um eine Angabe von Vertretern, um die Zusammenfassung aller Kräfte herbeizuführen. Was aus unserem Antrag geworden ist, ist bekannt. Seit dieser Zeit setzte

die Zersetzung von Heer und Flotte

ein. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Einwirkung frei hielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden schwer zu leiden. Der Zusammenbruch mußte kommen. Die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagte mit Recht: Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, dafür ist noch kein Beweis vorhanden. Ludendorff und ich haben bei allen großen Entscheidungen die gleiche Auffassung gehabt und in völliger Uebereinstimmung gearbeitet. Wir haben die ganze Sorge und Verantwortung gemeinsam getragen. Ich bin hiermit auch Hand in Hand mit der Auffassung der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1916 gegangen.

Vors. Gothein: Von welchem Zeitpunkt ab hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 1. Februar 1917 für unaufschiebbar und welches sind die Gründe dafür?

v. Hindenburg: Wir hielten den uneingeschränkten U-Bootkrieg, d. h. den Fortfallen der Beschränkung des bisherigen U-Bootkrieges schon bei unserem Eintritt in die Oberste Heeresleitung für geboten. Anfang Oktober 1916 war zu übersehen, daß wir Armee und Marine ihre

Vorbereitungen für den U-Bootkrieg

beendet haben würden, und die Führung des U-Bootkrieges zur Pflicht wurde, weil es galt, der schwergeprüften Westfront zur Hilfe zu kommen. Wir durften nicht mehr zulassen, daß unsere braven Soldaten mit amerikanischer Munition beschossen und in der Heimat durch die Blockade Weib und Kinder hungern sollten. Da war der U-Bootkrieg das einzige Mittel um dem entgegenzuwirken.

Ludendorff: Ich kann nur aus dem Gedächtnis sprechen. Die Akten sind mir erst vorgestern abend zugegangen, ich habe sie nicht so genau durcharbeiten können. Als der Generalfeldmarschall und ich die O. H. übernahmen, war die Lage sehr ernst. Das war auch die Ansicht des deutschen Volkes und sie wurde auch von der Presse und dem Ausland entsprechend gewürdigt. Im Westen war die Schlacht von Verdun im Gange. Seit dem 1. Juli tobte die Somme-Schlacht, die erste ausgesprochene Material-Schlacht. Die Front hielt, aber nur mit äußerster Kraftanstrengung. Wir standen dem Feinde gegenüber wie 6:10. Unsere Materialbelieferung war nicht genügend, die Munitionsausstattung zu gering. Und das bedeutete mit klaren dürren Worten: Schwerste Verluste von Menschenleben. Gleich nach unserem Eintreffen in Pleß wurde die Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges durch den Reichskanzler und den Chef des Admiralstabes erörtert. Wie der Generalfeldmarschall damals über den U-Bootkrieg dachte, geht aus den Akten hervor. Hindenburg erklärte damals, wir dürfen jubeln, wenn wir den U-Bootkrieg sofort beginnen können. Aber es ist eine ernste Frage. Wir müssen mit der Möglichkeit neuer Kriegserklärungen und Landungen in Dänemark und Holland rechnen. Mehrere Divisionen müssen dort gebunden werden, die wir jetzt nicht entbehren können. Die Zukunft ist jetzt dunkler als je. Und es war im Weltkrieg, in dem wir gegen eine ungeheure Ueberlegenheit rangen, ein Unding, daß unsere Marine mit so erheblichen Kräften so gut wie brach lag. Wir hatten zwar den Versuch gemacht, die Flotte in den Unterseebooten besser auszunützen, aber auf Grund der Note Wilsons war der U-Bootkrieg in einer Weise durch Einschränkungen belastet, daß Einsatz und Wirkungen nicht im Einklang standen. England führte dagegen mit seiner Flotte die Blockade durch, die selbst das Kind im Mutterleibe vernichten sollte. Die Blockade war nur

mit Zustimmung der Vereinigten Staaten

möglich und diese lag stillschweigend vor, obschon Wilson die Blockade als unrechtmäßig bezeichnet hatte. Die Vereinigten Staaten unterstützten die Entente auch weiterhin. Und ich erinnere hier an die in Amerika gegossenen Granaten mit amerikanischem Stempel. Ich erinnere an den heiligen Zorn, der damals in jedem Soldatenherzen entstehen mußte. Die Haltung der Vereinigten Staaten in der Blockade und Munitionsfrage war schon im April 1915 vom Grafen Bernstorff gegeißelt worden. Die sogenannten unerschöpflichen Hilfsmittel Amerikas standen der Entente bis auf die Menschenkräfte schon vorher zur Verfügung. Wenn sich nach der Kriegserklärung die Kriegsindustrie noch entfaltete, so war es zum Teil eine Wirkung der wirtschaftlichen Störungen der Entente-Länder durch den U-Bootkrieg. Und eine rein geschäftliche Frage.

Auf die Führung des U-Bootkrieges vor dem 29. August gehe ich nicht ein. Für den Generalfeldmarschall und mich war für die Stellungnahme Ende August gegen den U-Bootkrieg und damit gegen den Chef des Admiralstabes lediglich der Grund maßgebend, daß der Reichskanzler ein selbständiges Handeln Dänemarks und Hollands durch den Einfluß Englands in den Kreis seiner Berechnungen zog, und wir keinen Mann übrig hatten, um die Grenzen zu schützen. Das war die Wettlage, als der Generalfeldmarschall und ich in die O. H. L. berufen wurden mit dem klaren Willen und dem klaren Hoffen des gesamten Volkes zu siegen. Das mußten wir auch aus der Presse von rechts und links annehmen. Nur wenige waren es damals, die einen Sieg der deutschen Waffen aus Furcht vor der sogenannten Reaktion und dem Militarismus als unerwünscht hielten. Aber sie waren leider vorhanden. Ich erinnere an die Aeußerung, die, wie mir gesagt worden ist, im „Vorwärts" gestanden haben soll. „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde."

Vors. Gothein wirft dazu ein, daß Ludendorff sich nur auf Tatsachen zu beschränken habe, die zur Aufklärung notwendig sind, und nicht auf Pressäußerungen.

Ludendorff: Ich bringe nur das vor, was ich für unbedingt und notwendig halte. Ich erkläre aber ausdrücklich, daß ich bei Anführung dieses Ausspruches nur an die sozialistischen Führer denke, nicht an die Masse der Arbeiter, die im Felde glänzend ihre Pflicht taten.

Vors. Gothein: Das gehört wirklich nicht zur Sache.

Soziv. Prof. Schaefer: Als Sachverständiger habe ich zu konstatieren, daß ich bei dem einstimmig gefaßten Beschluß des Ausschusses, Werturteile sollten nicht gefällt werden, nicht mitgewirkt habe. Ich glaube aber, daß Werturteile notwendig abgegeben werden müssen, daß man um sie nicht herumgehen kann. Ich erhebe daher Einspruch gegen diesen Beschluß des Ausschusses.

Vors. Gothein: Als Sachverständiger haben Sie selbstverständlich nicht an den Beschlüssen des Ausschusses mitzuwirken. Wenn Sie glauben, sie nicht anerkennen zu können, dann steht es Ihnen frei, Ihr Amt niederzulegen.

Soziv. Prof. Schaefer beharrt bei seinem Einspruch und erklärt, über das, was als Werturteil zu betrachten sei, oder nicht, keine Belehrung des Ausschusses entgegennehmen zu können.

Vors. Gothein: Gegenüber einer solchen Erklärung des Sachverständigen muß sich der Ausschuß zunächst zurückziehen und Stellung nehmen.

Die Sitzung wird dadurch unterbrochen.

Nach dreiviertelstündiger Beratung verkündet Vors. Gothein folgenden Beschluß zur Aeußerung des Prof. Schaefer:

„Der Sachverständige hat kein Recht, Kritik an den Verfahren zu üben oder Beschlüsse des Untersuchungsausschusses und Anordnungen des Vorsitzenden zu widersprechen. Soweit die Aeußerung des Prof. Schaefer eine solche Kritik und einen solchen Widerspruch enthält, wird sie hiermit gerügt. Dieser Beschluß ist mit allen gegen eine Stimme gefaßt worden. Dagegen hat der Ausschuß einstimmig beschlossen: Der Sachverständige hat das Recht, zur Aufklärung des Tatbestandes Anregungen zu geben und Vorschläge zu machen, sowie Fragen zu stellen. Das Recht kann und soll nicht beschränkt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911191-14/fragment/page=0001

Sachv. Prof. Schaefer: Als Sachverständiger fühle ich mich verpflichtet, festzustellen, daß es sich hier um Dinge von weltgeschichtlicher Bedeutung handelt. Bei diesen Dingen muß immer nach den Gründen gefragt werden, ohne die sie nicht richtig zu erkennen sind. Dazu muß auch der Sachverständige mitwirken, denn dazu ist er da. Er muß klarheit zu schaffen suchen darüber, inwieweit allgemein geschichtliche Hergänge auf einzelne Ereignisse Einfluß ausgeübt haben. Es werden hier Männer vernommen, die an der Spitze unseres öffentlichen Lebens gestanden haben und die alle ihre Entschließungen immer nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage gefaßt haben.

Ludendorff: Mir lag daran, die Geistesrichtung festzustellen, die damals geherrscht hat. Hindenburg und ich waren der Ueberzeugung, daß wir mit dem gesamten Volke einig wären, für den Sieg zu kämpfen. Tatsächlich waren aber Strömungen vorhanden, die diese Ansicht nicht vertraten. Und das mußten wir bei unserer Stellung zum uneingeschränkten U-Bootkrieg berücksichtigen. Deshalb habe ich die beanstandete Aeußerung gelan und ich muß darin fortfahren. Zu meinem Bedauern bin ich gezwungen, noch eine zweite Aeußerung zu tun und ich muß einen Ausspruch Walter Rathenaus wiedergeben, in dem dieser sagte: **An dem Tage, wo der Kaiser als Sieger mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durch das Brandenburger Tor einziehen würde, hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.“** Es waren also Strömungen im Volke vorhanden, die nicht die Ansicht der O. H. L. vertraten. Und diesen Strömungen mußten wir Rechnung tragen. Die militärische Lage wurde unter gewaltigsten Anstrengungen von Führern und Truppen wiederhergestellt. Die Marine unterstützte die Kriegführung zu Lande, indem sie die U-Boote den Kreuzerkrieg im weitesten Umfange führen ließ. Wie in diesen Tagen der Generalfeldmarschall und ich über den U-Bootkrieg gedacht haben, geht aus einem Gespräch hervor, das ich als Vertreter der O. H. L. mit dem Kapitän von Bülow, dem Vertreter der Seekriegsleitung im Großen Hauptquartier hatte, und das mir jetzt durch das Material des Ausschusses wieder in Erinnerung gerufen wurde. Kapitän von Bülow sagte darin: **Ludendorff bedauert, daß der Gedanke des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf das politische Gleis gekommen ist, er betrachtet ihn rein militärisch, aber für ihn mußte das Urteil des leitenden Staatsmannes über die Haltung der Neutralen maßgebend sein. An einer anderen Stelle heißt es: Wenn der Reichskanzler ihm (Ludendorff) sage, es bestehe die Gefahr, daß Dänemark uns feindlich werden könne, so konnte es ihn nicht imponieren. Die Westfront verlange Reserven, erst wenn die Sicherheit bestehe, daß unsere Front sich nicht mehr halten könnte, würde er Ja und Amen sagen, und würde es dann mit Freuden tun.**

Ludendorff führt weiter fort: Uns beschäftigte mit besonderer Sorge die

Sicherstellung der Kampfmittel

für die weitere Kriegführung. Im September 1916 kam der Reichskanzler an uns mit dem Gedanken einer Friedensvermittlung durch Wilson heran. Wir stimmten zu. Als der Reichskanzler dann das Friedensangebot der Mittelmächte vorschlug, machten wir gleichfalls loyal mit. **Wir taten das um so lieber, als wir den Willen unseres obersten Kriegsherren genau kannten, seinem Volke den Frieden zu geben und dem Heere einen neuen Winterfeldzug zu ersparen. Der Kaiser sprach in eindringlichen Worten von seinem Friedenswillen, den er als Monarch gegenüber seinem Volke und seinem Gewissen fühlte. Wir stellten uns daher entschlossen zur Mitarbeit bereit an seine Seite.**

Bevor General Ludendorff auf die Beantwortung der zweiten Frage, betreffend den U-Bootkrieg eingeht, veranlaßt der Vorsitzende die Verlesung von zwei Denkschriften des gegenwärtigen Gesandten von Haniel und des Unterstaatssekretärs Albert, die während des Krieges der Botschaft in Washington zugeteilt waren und die an das auswärtige Amt gerichtet worden sind. Sowohl Haniel als auch Albert haben in diesen Denkschriften darauf hingewiesen, daß die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges Amerikas Eintritt in den Krieg zur Folge haben würde. In den Denkschriften ist darauf hingewiesen worden, mit welchen Mitteln die Vereinigten Staaten die Entente unterstützte. Bei der Verlesung der Frage, in der auf den Widerspruch hingewiesen wird, der zwischen der Behauptung Ludendorffs in seinem Buch, daß der Reichskanzler nicht den Versuch gemacht habe bei der O. H. L. die Rückgängigmachung des Befehls des uneingeschränkten U-Bootkrieges zu erreichen, während der Reichskanzler bei seiner Vernehmung das Gegenteil behauptet habe, nimmt Bethmann Hollweg das Wort und erklärt, daß ein Widerspruch gar nicht vorläge. Er habe am 29. Januar Admiral von Holtzendorf nach dem Eintreffen des bekannten Telegramms von Bernstorff die Frage gerichtet, ob es möglich sei, den Befehl zum uneingeschränkten U-Bootkrieg noch zurückzunehmen. Holtzendorf habe daraufhin erklärt, daß dies ausgeschlossen sei, da die U-Boote nicht mehr zurückgerufen werden können. Daraufhin habe ich, so führt Bethmann Hollweg aus, seit dem Kronrate, der vom Großen Hauptquartier stattfand, die Frage nicht gestellt, da für mich mit der Antwort des Admirals von Holtzendorf die Sache erledigt war.

v. Hindenburg: Ich darf hinzufügen, daß bei der Vernehmung des Grafen Bernstorff klargelegt worden ist, daß **Amerika auch ohne den uneingeschränkten U-Bootkrieg entschlossen war,** mit uns in den Krieg zu treten, die vom Reichskanzler gegen den U-Bootkrieg angeführten Gegengründe sind von uns verworfen worden, aber militärische Gründe waren für uns stichhaltig. Der Befehl zum U-Bootkrieg war der schwerste, der von uns gegeben worden ist, schwerer als der vom 28. September 1918 zum Waffenstillstand.

Ludendorff: Bei dem Entschluß zum U-Bootkrieg handelt es sich nicht um eine augenblickliche Wallung. Als der Kaiser den uneingeschränkten U-Bootkrieg befahl, war es als sicher anzunehmen, daß die Entente das Friedensangebot Wilsons ablehnen würde.

Vors. Gothein: Herr General Ludendorff, Graf Bernstorff hat eine Mitteilung über eine Aeußerung gemacht, die Sie ihm gegenüber gemacht haben.

Ludendorff: Ich weiß nicht, wie Bernstorff zu diesen Aeußerungen kommt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gibt Hindenburg ein Bild seines Friedensvertrauens.

Um 2 Uhr unterbricht der Vorsitzende die Sitzung und richtet an Hindenburg die Frage, ob er an einer Sitzung um 5 Uhr nachmittags teilnehmen wolle. Dieser lehnt ab. Ebenso lehnt er die Teilnahme an einer Sitzung am morgigen Bußtage ab. Daraufhin wird, da am Donnerstag die Sitzungen der Nationalversammlung wieder beginnen, der Untersuchungsausschuß auf unbestimmte Zeit vertagt.

*

Auch heute waren Hindenburg und Ludendorff Mittelpunkt zahlreicher Ovationen. Zu größeren Zwischenfällen und Zusammenstößen kam es dabei nicht.

Um die Franzosenherrschaft am Rhein

Preußenparlament

Berlin, 18. November.

Am Ministertisch Hirsch.

Vizepräsident Dr. von Kries eröffnet die Sitzung nach 10¼ Uhr.

Zur Besprechung steht die förmliche Anfrage aller Fraktionen mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten über die geistige Durchdringung der besetzten westlichen Gebiete im französischen Sinne.

Abg. Leinert (Soz.) begründet die Anfrage. Die Sieger, wie sich die Franzosen mit Vorliebe nennen, haben sich erboten, die Besetzung erträglich für die Bevölkerung zu gestalten. Das Rheinland ist deutsch. Die Einwohner aber werden von den Franzosen so behandelt, als ob noch Kriege wäre. (Sehr richtig!) Durch schwarze Truppen, welche die Ehre unserer Frauen und Mädchen nicht zu achten wissen, ist die Kultur in die Rheinlande gebracht worden. Das Ziel ist, wie ein holländisches Blatt sagt, das Verfügungsrecht Preußens völlig auszuschalten. Da dieses Ziel nicht erreicht wurde, sucht Frankreich, die deutschfreundliche Verwaltung in die Hand zu bekommen. Es sucht, die freiwerdenden Stellen mit landesverräterischen Elementen zu besetzen. Deutsche Zeitungen werden verboten, die persönliche Freiheit nicht geachtet, der französische Unterricht in deutschen Volksschulen eingeführt. (Hört, hört!) Man sucht, die deutsche Bevölkerung mit französischem Geiste zu durchdringen. Das steht im Widerspruch mit dem Friedensvertrag. Wir brauchen Frankreich nicht, um dem Rheinland Freiheit und Demokratie zu geben. (Sehr richtig!) In Elsaß-Lothringen ist das erste gewesen, was die Franzosen taten, daß sie den Achtstundentag abschafften.

Ministerpräsident Hirsch: Die Franzosen haben alles zu tun versucht, was ihnen der Friedensvertrag vorenthält. Sie schädigen uns wirtschaftlich, indem sie unsere Ausfuhrverbote nicht anerkennen. Frankreich will den Rheinländern Freiheit geben. Es täte besser, sie vor Uebergriffen der Besatzungstruppen zu bewahren. Planmäßig versuchen die Franzosen, die preußische Organisation zu desorganisieren und Unzuträglichkeiten zu schaffen, die zu weiteren Eingriffen Anlaß geben sollen. Die Hoffnung, daß die Franzosen nach dem Inkrafttreten des Mainlandsabkommens von dieser Politik ablassen würden, ist bisher noch gering. Die Rede des Herrn Tirard am 21. Oktober bietet den Anlaß, die Möglichkeit einer

Neuorientierung der französischen Eroberungspolitik

zu prüfen. Die Rheinländer kennen die Ziele der ihnen von Frankreich zugedachten Freiheit. Die Rheinländer sind selbstbewußt genug, das französische Geschenk abzulehnen, und klug genug, die französischen Interessen nicht für die ihrigen zu halten. Sie sehen, daß auf dem Wege eines von französischen Bajonetten beschirmten rheinischen Partikularismus nie eine Abschwächung des französischen Druckes zu erwarten ist, sondern nur eine Vermehrung dieses Druckes. Die Rheinländer werden sich nie einfangen lassen durch das Schlagwort „Los von Preußen“, denn sie wissen, daß Frankreich, wenn es **Preußen sagt, Deutschland meint. Unter uns Deutschen** gibt es keine Fremdlinge. Frankreich ist nur der Fremdling, der jetzt im Rheinlande herrscht. Wir werden nie nachlassen, die wirtschaftlichen Interessen der Rheinländer durch dringliche Vorstellungen und den Ausbau unserer Organisation zu vertreten. Je verwegener die Bestrebungen der Franzosen im Rheinlande sein werden, umso einiger werden sich die Deutschen im Rheinlande zusammenschließen zur Reichsheimstätte, die uns allein ordentliche Zustände schaffen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Frankreich das Reich schwächen will, so wird es nur dadurch gestärkt werden.

Auf Antrag der Unabhängigen findet eine Besprechung der Anfrage statt.

Abg. Dr. Rosenfeld (M.-S.): Wir haben die Anfrage nicht mit unterschrieben, weil die Zeitungsnachricht, auf die sie sich stützt, uns nicht als zureichende Grundlage erscheint. In der Verurteilung französischer Machenschaften und Uebergriffe lassen wir uns nicht irreführen. Nur im Völkerfrieden liegt der Schutz gegen ihn.

Ministerpräsident Hirsch: Die Anfrage stützt sich nicht auf die Zeitungsnachricht, die Rede Tirards liegt im Wortlaut vor im „Petit Parisien“. Es handelt sich um eine wohlvorbereitete programmatische Rede. Die Rede hat den Inhalt, daß Tirard auch die militärische Macht anwenden will, um die französischen Interessen zu schützen. Wir wünschen gute internationale Beziehungen, aber höher steht uns die Wahrung des preußischen Interesses.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Haushalts der preußischen Regierung fortgesetzt.

Kultusminister Haenisch: Ich bin den Anläßen der letzten Demonstrationen nachgegangen und habe die Suspendierung des Direktors Leonhard vom Amte verfügt. An alle Direktoren und Rektoren der Anstalten sind Anfragen gerichtet worden, inwieweit sich die Schüler an Demonstrationen beteiligt haben, und inwieweit das von Lehrern nicht gehindert oder sogar gefördert wurde. Der Direktor Leonhard mußte wissen, daß die geplante Demonstration auf die Anregung des deutschnationalen Jugendbundes zurückzuführen ist. Dieser Bund vertritt unzweifelhaft politische Ziele. Daß solche Demonstrationen stattfanden, noch dazu unter dem Belagerungszustand, ist geradezu unverantwortlich. Hätte es sich ausschließlich um eine nationale Kundgebung gehandelt, um den Wunsch, Hindenburg Verehrung zu bekunden, hätte ich selbst mitgemacht. Hindenburg steht aber allen, auch den Sozialdemokraten und der Regierung, viel zu hoch, als daß seine Hineinziehung in parteipolitisches Treiben geduldet werden dürfte. Er soll unserer Jugend als Vorbild rein erhalten werden. Daß dieser Mann von deutschnationalen Drahtziehern für Parteizwecke in Anspruch genommen und unsere Jugend in diesem Sinne beeinflußt wird, können wir nicht dulden. (Beifall links.).

Abg. Limperg (Soz.): Der Rechten wird es nicht gelingen, Zwietracht zwischen den Mehrheitsparteien zu säen. Der Staatsbeamte ist heute ein freier Mann. Früher war er es nicht. Die höhere Lehrerschaft müßte sofort auf die Verfassung der Republik vereidigt werden. Mit den Unabhängigen, die alles kaput schlagen wollen, können wir nicht arbeiten.

Abg. Friedberg (Dem.): Solange die Unabhängigen ihre Theorien mit Waffengewalt durchzusetzen suchen, muß man ihnen bewaffneten Widerstand leisten. Wir brauchen eine politische Zentralinstanz. Die Regierung hat gefehlt, was möglich war. Ruhe und Ordnung in revolutionärer Zeit aufrechtzuerhalten, ist noch nicht mit solch geringen Opfern gelungen, wie bei uns. Freilich ist das parlamentarische System kostspieliger, als andere. Die Deutsche Volkspartei ist immer reaktionärer geworden. Die Hohenzollern haben das Vaterland gerettet, bereinheitlichend gewirkt zu haben. Das ist eine unvergängliche Tat für das Deutschtum. Gegen die Juden mögen manche Teile des Volkes eingenommen sein. Die Demokratie ist der Boden des Ausgleichs, der Gegensätze. Auf der Grundlage der Demokratie gedeiht Freiheit, Ordnung, Gerechtigkeit. (Beifall der Mehrheitsparteien.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Stendel (D. Vpt.) protestiert gegen den Schluß, durch den sich die Mehrheitsparteien der Verantwortung für die gegen die Rechte erhobenen Anschuldigungen zu entziehen suchen.

Abg. Dr. Leibig (D. Vpt.): Der Schluß ist eine Vergewaltigung.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 27. November, 2 Uhr: Anfragen und Wirtschaftsfragen.

Schluß 2 Uhr 45 Minuten.

Eine neue ukrainische Offensive gegen Polen? „Gazeta Wieczowa“ meldet, daß die Ukrainer eine neue Offensive gegen die Polen vorbereiten. Die in Berlin weilenden ukrainischen Delegierten äußerten, daß die Ukrainer durch ihre gegenwärtigen Verhandlungen mit den Polen Zeit gewinnen wollen, um zu einer großangelegten Offensive gegen Polen Vorbereitungen zu treffen.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

49] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

8. Kapitel.

Laura Bürklin war, nachdem der Untersuchungsrichter und der Polizeirat ihr Haus verlassen hatten, noch eine Weile starr und regungslos in ihrem Stuhl sitzen geblieben. Ihre Stirn war finster gefurcht und ihre Augenbrauen waren so zusammengezogen, daß es aussah, als seien sie miteinander verwachsen.

Laura Bürklin dachte nach. Sie hatte mir im Ueberzeugung, einen Trumpf an falscher Stelle ausgespielt zu haben — nun galt es zu überlegen, den Fehler wieder gutzumachen, damit nicht das ganze Spiel verloren gehe.

Oswald Hildebrand hatte nicht nach Wunsch gedient — im Gegenteil, er wagte ein Gegenspiel, das so sehr all ihre Berechnungen umwarf, daß sie eine Gefahr gegen sich heraufziehen sah — vorläufig noch in weiter Ferne, doch deutlich erkennbar ihrem Auge.

Oswald Hildebrand hatte sie verschmäht, obwohl sie seinetwegen Sitte und Gepflogenheit beiseite geschoben und sich ihm angeboten hatte. Das war eine Kränkung, die eine schöne Frau dem Manne nie vergißt. Doch mehr noch — Oswald Hildebrand hatte sie bloßgestellt. Das war eine tödliche Beleidigung, die ihre Liebe in glühenden Haß verwandelte. Daß er geredet hatte, um seinen Kopf und seine Ehre zu retten, kam ihr nicht in den Sinn, änderte auch nichts an der Tatsache, daß er sie verraten hatte. Er hätte sich für sie opfern müssen. Nun haßte sie ihn — und wer die Gefährlichkeit von Laura Bürklins Haß erkennen wollte, der brauchte nur in diesem Augenblick in ihre nachtdunklen von Flackerflammen erfüllten Augen zu blicken. Während ihr Geist arbeitete, stürmte ihre Seele.

Ein Stich ihres Spiels war verloren — nun galt es, ihn auf eine Art wieder einzubringen, daß zugleich ihrem Rachebedürfnis an dem verräterischen Manne Befriedigung verschafft wurde. Jawohl, sie hatte den Dolch bei sich verborgen. Nun aber mußte er gefunden werden, und zwar auf eine Weise, daß Oswald Hildebrand dadurch nicht nur belastet wurde, sondern zugleich auch seine Aussage gegen sie entkräftet wurde. Im äußersten Falle stand seine Aussage der ihrigen entgegen — es würde dann vielleicht zu einem Eide kommen. Bei diesem Gedanken aber zuckte ein Lächeln voll Hohn um ihre Lippen. Ein Eid — bah — ein Eid ist eine von Menschen erdachte Formel aus Worten, an der eine Laura Bürklin ihre Pläne nicht zerschellen lassen wird — —

Plötzlich stand sie auf und verließ das Zimmer. Wenige Minuten später übergab sie dem finster blickenden Dienstmädchen eine Summe Geldes. Sie tat es wortlos — und wortlos steckte das Mädchen das Geld ein und ging hinaus. Eine Viertelstunde später verließ es in Hut und Mantel und mit einer kleinen Reisetasche versehen das Haus.

Nun kleidete Laura sich in Eile an, verhüllte das Gesicht mit einem dichten schwarzen Schleier und verließ ebenfalls das Haus, das sie sorgfältig hinter sich verschloß. Sie bestieg die nächste Straßenbahn und fuhr bis ins Innere der Stadt. Hier bestieg sie eine nach Süden fahrende Bahn und gelangte nach einiger Zeit zum Viktoria-Park. Sie durchschritt die Anlagen und betrat schließlich ein hohes, düsteres Haus in der Lichterfelder Straße. Mit einer Sicherheit, die verriet, daß sie hier nicht zum ersten Male weilte, stieg sie bis in den dritten Stock. Hier klopfte sie an eine Türe und trat, ohne eine Aufforderung von innen zu erwarten, in das Zimmer. In einem Lehnstuhl am Fenster saß ein Mann, der sich beim Eintritt der Dame hastig erhob. Es war Gustav Bürklin. Er machte einen seltsam verfallenen Eindruck. Die Farbe seines Gesichtes war noch leichenhafter als vorher, seine Gesichtszüge noch düsterer. In seinen Augen flackerte es fieberhaft.

Als Laura Bürklin zu ihm trat, erhob er die Hand, als wolle er sie seiner Besucherin reichen, ließ sie aber sofort wieder sinken, als er sah, daß sie keine Bewegung machte, seine Hand zu nehmen. Laura Bürklin ging, ohne ihren Vetter anzusehen, an ihm vorüber und setzte sich in den Stuhl, den er eben verlassen hatte. Dann legte sie — und alles mit Schweigen — ihren Hut ab und warf ihn auf einen Seitentisch. Nun erst richtete sie ihre Augen auf ihren Vetter.

„Nun, wie geht es dir?“ fragte sie, doch der Ton, in dem sie die Frage aussprach, ließ deutlich erkennen, daß sein Befinden ihr sehr gleichgültig sei.

„Mir geht es nicht sehr gut,“ antwortete er finster. „Ich hatte eine sehr schlechte Nacht. Ich war in Unruhe deinetwegen.“

„Sehr überflüssig. Uebrigens glaube ich das gar nicht. Du wirst vielmehr in Unruhe deinetwegen gewesen sein.“

„O, nicht so sehr. Du sagtest mir ja schon gestern abend, die Kriminalpolizei hätte von meiner Person keine Notiz genommen.“

„Ja, das sagte ich — gestern abend. Jetzt — könnte ich dir auf dieselbe Frage nicht die gleiche Antwort geben.“

„Ah — warum nicht?“ stotterte Gustav Bürklin und entfärbte sich.

„Der Untersuchungsrichter und der Polizeirat waren heute in aller Frühe schon wieder bei mir —“

„Nun — und —“

„Sie kamen mit einem Verdacht —“

„Mit einem Verdacht — gegen wen?“

„Was weiß ich, welche Gedanken sich hinter den undurchdringlichen Mienen solcher Kriminalbeamten verbergen. Tatsache ist, daß sie sehr lebhaft nach dir fragten.“

„Nach mir — fragten —“

„Ja — doch vorläufig nur, um dich zu beglückwünschen.“

„Um mich —“ Gustav Bürklin blickte Laura sprachlos an.

„Ja — zu deiner Verlobung. Verstehst du das nicht?“ Er schüttelte den Kopf. „Zu meiner — Verlobung —? Mit wem?“

„Nun, mit mir.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911191-14/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 19 November.

Buß- und Bettag 1919

Selbst wenn der moderne Staat die Einrichtung eines Buß- und Bettages nicht gut hieße, zu der sich sein Einkehr, nach einem Tage der Rechenschaft Gesamtschuld, zu tief im Gewissen der Bürger wenn nicht mit elementarer Gewalt sich Luft zu machen. Denn nach einer Neugeburt des Volkes trachten alle. Der ersehnte, und weder den Einzelnen noch der Gemeinheit verschlossene Weg aufwärts führt aber natürlich erst durch das Tal der Buße, des Abscheus und der gründlichen Abkehr von dem Bösen. Man glaube nicht, daß mit der verstandesmäßigen Erkenntnis des Uebels und seiner Folgen schon getan sei. Die Einsicht in die Ursachen unseres Verfalls setzt noch keineswegs den Willen zur Besserung in Bewegung. Erst muß der Schauder vor der gehäuften Macht des Schändlichen und Schmählichen mit einem heimlichen Wunsch nach ihm sich vereinigen. Denn der Mensch hat noch ein Bewußtsein davon, daß die ungezügelten Leidenschaften sowie die Rache herausfordern. „Die Strafe ist die Medizin der Seele", sagt Plato und er rät, bald vor den Richter zu gehen, als ob es sich um eine Medizin handle, die nicht das Böse dauernd mit der Seele verwachse, geheimer Zerstörung, und der Schaden zuletzt unheilbar werde. So sind also Schuld—Buße—Strafe scharfem Griffel in unser Gewissen eingeätzt, und nur Leichtsinn übertüncht die Gottesschrift.

Wir machen uns mitschuldig, wenn wir leichtfertige Urteile über Fehltritte und Verbrechen fällen. Die Gewöhnung ist nur allzu sehr eingerissen, die Auflösung der Gesellschaft, die wir um uns her sehen, auf die Folgen des Krieges, auf den Zusammenbruch des Willens und der Kräften zu schieben. Wir entschuldigen damit viel Schlechtes, das eigentlich unser Gewissen verurteilt. Pharisäertum ist sicherlich vom Uebel. Aber merken wir uns mit Schrecken, wie unser Abscheu vor unreinen Dingen von mehr schwindet, je mehr wir sie beschönigen?!

Wir müssen wieder strenger in unseren sittlichen Anschauungen werden, heimischer in der Welt der zehn Gebote. Hier kann jeder mithelfen und in stillen Bußtagsgelübde einlösen. Zur alten, philisterhaften Selbstgerechtigkeit ist wahrlich kein Grund mehr. Es packt ein Schauder beim Blick in den Abgrund unserer Zustände. Nicht das ist unser Unglück, daß wir verlogt sind, daß Deutschland von der Uebermacht seiner Neider und Hasser eingekreist, daß das protestantische Christentum von seinem unversöhnlichen Feinde durchbohrt ist. Das ist keine Schande zu unterliegen, und im Unterliegen ist noch eine Ehre, wie tapfer unser Heer gestritten, wie geduldig unsere Frauen und Kinder die fünf Jahre gelitten haben. Hätten wir uns nur reine Hände und ein reines Gewissen bewahrt, — wie würdig stände unser Volk da, das ergreifende Bild eines Märtyrervolkes für Wahrheit und Recht. Aber — das ist keine Frage — wir haben uns selbst entmannt. Im Mark der Armee zu einem guten Teil der Wurm der Treulosigkeit. Und hinter der Front prunkte die Gewissenslosigkeit und protzte mit dem Gedanken: „Wir haben unsern Glauben an den Sieg im Kriege verloren!" Auf dem Rückzuge und in der Heimat gewannen Unehrlichkeit, Wucher, Mammonismus, jene sichtliche Laster die Oberhand, daß man noch heute vor dem entsetzlichen und Unbegreiflichen die Hände vors Gesicht schlägt und fragt: Ist das das Volk der Reformation und der edlen Menschlichkeit? Wie konnte nur das Volk Luthers und Schillers so versinken in Verzweiflung und Wahnsinn?! —

Es liegt wirklich etwas wie Stillung und Labsal in der bitteren Medizin, die wir jetzt trinken müssen. Durch Sühne zur Reinigung! Das mutet uns an und verspricht unserem innersten Schuldempfinden. Aber wie es nun aufwärts gehen, da doch so viele noch nicht einsehen und nicht mitgehen wollen? Ernster, wuchtiger Bewußtsein der Gesamtschuld, unter deren Macht wir alle mehr oder minder liegen und leiden! Wer aber auch jetzt noch in seinem tiefsten Inwendigen die Erfahrung gemacht hat: Nichts — nichts kann uns scheiden von der Liebe Gottes, die in dem Versöhner der Schuld, in Christus ist, dem verdankt sich das Leid dieser Zeit in eine Prüfung, in väterliche Läuterung, und er nützt sie aus zu seines Volkes Heil. Der Gedanke an jenen wohlgesinnten frommen Mann des altestamentlichen Gottesvolkes tritt in seine Stellvertretung hatte diese Minderheit die Schuld des Volksganzen auf sich genommen und leidend, sühnend getragen. Und es ward sichter. Die Sonne göttlicher Gerechtigkeit ging auf und Heil unter ihren Flügeln. So geschehen, als der Herr die Gefangenen Zions erlöste; so geschehen auch 1813. Und wir wollen auch unsere sittlichen und religiösen Kräfte mit allen Gleichgesinnten zusammenraffen, wollen heilige Scheu hegen vor jeder niederen und unreinen Gesinnung. Von der oberflächlichen Außenkultur, die uns so viel Schaden tat, laßt uns zur Pflege des inwendigen Menschen jetzt uns wenden, der vertieft, bereichert, veredelt unser Schatz sein und in der äußeren Verarmung des Lebens. Und dem Geschenken tagt ein Morgen nach der tiefen Nacht, und die Gedanken des Buß- und Bettages können nicht vergebens sein.

Der Kilian-Prozeß

Es wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Der erste Zeuge, Arthur Platen, war seit Mitte November Vereinssekretär beim Landsturm-Bataillon IV/31, seit Ende November Sekretär des S.-Rates im „Wettiner Hof" und seit dem Januar Vorstandsmitglied im S.-Rat. Er berichtet: Der Rat verfolgte eine lediglich neutrale Tendenz, er war gegen jede militärische Einrichtung und es ist im Anfang immer betont worden, daß es eine politische Betätigung für ihn nicht gebe. Nach und nach brachten dann allerdings gewisse Leute, die ihnen besonders Schwierigkeiten, eine immermehr radikalere Tendenz hinein. Wie aus den einzelnen Verhandlungen hervorgeht, scheint

Kilian einen großen Einfluß auf Arbeiter und Mitglieder des S.-Rates

zu haben. Er war in seinen Aeußerungen und Handlungen immer sehr vorsichtig und hieß deshalb bei uns kurzweg: „Buch". Daß zwischen Kilian und Verchland ein größeres Einvernehmen bestand, habe ich daraus geschlossen, daß sie in den einzelnen Sitzungen in ihren Meinungen und Ansichten fast immer übereinstimmen. Verchland ist in Berlin gewesen und hat dort die Genehmigung zur Aufstellung einer Sicherheitswehr geholt. Daß vom „Wettiner Hof" einige Male Waffen fortgebracht wurden, ist mir bekannt. Genaues kann ich allerdings nicht sagen. Ich habe öfter meine Unterschrift zu solchen Zwecken verweigert, da mir nicht bekannt war, wozu die Waffen dienen sollten. Bei dem A.-Rat und beim Sicherheitsregiment war der Einfluß der Unabhängigen vorherrschend. Als der Generalstreik ausbrach, haben wir einen Befehl erlassen, der die Garnison anwies, sich in der Streikangelegenheit völlig neutral zu halten. Wir sind dazu gezwungen worden, weil der größte Teil des Sicherheitsregimentes auf seiten der Streikenden stand. Wenn wir nun gegen den Streik eingegriffen hätten, so wäre es zu blutigen Reibereien innerhalb des Sicherheits-Regimentes gekommen. Das wollten wir unter allen Umständen vermeiden. — Vorsitzender: Wie ist es möglich, daß eine Truppe, die aufgestellt ist, um Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, sich bei einem Streik, wo die Streikbrecher von den Streikenden mißhandelt wurden, neutral verhält? — Zeuge: Wir konnten das Sicherheits-Regiment nur bei der Stange halten, wenn wir neutral blieben, denn die Sympathie des Sicherheits-Regimentes war größtenteils für die Streikenden. Wären wir gegen den Streik eingetreten, so wäre es zu blutigen Reibereien gekommen und außerdem hätten wir nicht im Sinne der Regierung gehandelt, da von dieser ja das Streikrecht anerkannt wird. — Vorsitzender: Ist es richtig, daß, als der Einmarsch des Generals Maercker bevorstand und im S.-Rat beraten wurde, was nun geschehen solle, von jemandem erklärt wurde: Wenn wir die Arbeiterschaft mobil machen, dann haben wir in einer Stunde 10 000 Mann zur Stelle. — Zeuge: Diese Aeußerung ist gefallen, aber nicht von einem Mitglied des S.-Rates, sondern von irgend einem Vertrauensmann der Sicherheitswehr. — Vorsitzender: Warum hatte der S.-Rat beim Einmarsch der Landesjäger die Posten der Sicherheitswehr zurückgezogen? Er hätte doch, wenn die Posten stehen geblieben wären, die Plünderungen verhüten können. — Zeuge: Die Stimmung bei der

Sicherheitswehr war gegen die Landesjäger

eingenommen. Die Reichswehr wurde von ihnen als die Unterdrücker der revolutionären Errungenschaften betrachtet. — Vorsitzender: Ist ihnen etwas bekannt von Hilfstruppen, die aus Leipzig herkommen sollten. — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Erzählen Sie etwas über den Einfluß, den die Unabhängigen auf die seitenden Personen des S.-Rates ausübten. — Zeuge: Von seiten der Unabhängigen, im besonderen vom A.-Rat wurde versucht, den S.-Rat in das Fahrwasser ihrer Partei zu ziehen. Gegen Belecke und Adler, die als Mehrheitssozialisten galten, wurde heftig gearbeitet. Auch ich wurde von Kilian angegriffen, da ich mit Stutz zur „Saalzeitung" gegangen, um hier eine Verständigung zu erzielen. Ueber die spätere Besetzung der „Saale-Zeitung" kann ich nichts genaues angeben. Jedenfalls ist der Wiesel hierzu nicht vom Vorstand des S.-Rates gegeben worden. Der A.-Rat hat ferner dem S.-Rat die heftigsten Vorwürfe gemacht, als dieser einen öffentlichen Vortrag, den ein Herr vom Heimatdienst aus Berlin, hier hielt, gebilligt und dessen Zustandekommen mit allen Mitteln gefördert hatte. Der Vortrag richtete sich in der Hauptsache an die heimkehrenden Krieger. Als Verchland verhaftet worden war und darüber die Stimmung sehr erregt war, habe ich berichtet, telephonisch mit dem Reichswehrminister in Verbindung zu treten. Das zweite Mal gelang es mir, persönlich mit Noske zu sprechen. Er erwiderte auf meine Vorstellungen: Von einem Haftbefehl meinerseits ist mir nichts bekannt. Ich werde aber sofort eine Untersuchung anstellen, und wenn die Verhaftung ungesetzlich ist, so werde ich den Haftbefehl aufheben. Es erfolgte daraus allerdings von Noske nichts und wir haben dann eine Abordnung nach Berlin geschickt. (Wer ausführlich Gelegenheit hatte den Betrieb, der in jenen kritischen Tagen beim Reichswehrminister herrschte, zu beobachten, der weiß, daß Noske damals täglich Hunderte von Befehlen unterschreiben mußte und gar nicht in der Lage war, jeden einzelnen Befehl im Gedächtnis zu behalten. Die Redaktion.)

Als letzter Zeuge für heute wird nach der Pause Oberleutnant Georg Aisleben vernommen, der vom Januar bis Oktober dem Artillerie-Regiment Nr. 75 angehört hat. Der Zeuge bekundete, daß der Befehl des Soldatenrates, die Rangabzeichen abzulegen, ganz besonders die Unteroffiziere aufgebracht habe; das Artilleriedepot sei besetzt worden, weil der S.-Rat befürchtete, die Unteroffiziere würden etwas unternehmen. Die Aufregung der Artilleristen wurde gesteigert, als der Vertrauensmann des S.-Rates von dem Zeugen den Schlüssel zur Regimentskammer verlangte. Zeuge war am Demonstrationstage, Offizier vom Dienst in der Kaserne; er fand im Artilleriedepot eine Menge Menschen, die Waffen genommen hatten, ein Teil der Leute gab nach Aufforderung des Zeugen die Waffen aber wieder ab. Als eine Abteilung der Sicherheitswehr und Matrosen, deren Anmarsch telephonisch angesagt war, mit Musik wieder abrückte,

marschierte Kilian vor den Matrosen

an der Stelle, die sonst der Kompagnieführer einnimmt. In einer Versammlung, die aus Anlaß der Verhaftung Verchlands stattfand, in der der Zeuge aber nicht zugegen war, hat Hanell die Garnison aufgefordert, sich bei dem bevorstehenden Streik isoliert zu halten; hierbei fielen auch Hetzreden gegen die Offiziere.

Zu den Vorgängen am 1. März, dem Tage des Einzuges des Generals Maercker, bekundete Zeuge, daß er mit Major von Armin, der das Artillerie-Regiment Nr. 75 führte, nach dem Rathause hätte kommen sollen, wo sie um ¾4 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaale eingetroffen seien; auch Leutnant Schmidt sei in Zivil anwesend gewesen. Die vom General Maercker nach dem Rathause vorausgeschickten zwei schweren Maschinengewehre seien vom Publikum zerstört und die Pferde verkrüppelt worden. Kurz vor der Ankunft der Maschinengewehre wurde vom Rathause eine Rede gesaßen, die der Zeuge aber nicht selbst gehört hat. Als die in den Sitzungssaal eindringende Menge des Zeugen ansichtig wurde, rief sie: Da ist ja Leutnant Schmidt! Dieser hatte sich aber im Saale versteckt und wurde schwer mißhandelt, als man ihn entdeckt hatte, man trampelte auf ihm herum und verletzte ihn auch noch durch einen Messerstich. Kilian habe gesagt, Leutnant Schmidt stehe unter seinem Schutze und die Streikleitung beauftragt, für Leutnant Schmidt zu sorgen; dieser ist aber trotz des „Schutzes" zum zweiten Male mißhandelt, obgleich eine Frau gerufen habe: „Schlagt doch nicht einen wehrlosen Menschen!" Zeuge ist dann mit Major von Armin, Kienen und Kilian nach der „Goldenen Kugel" gegangen, wo sie General Maercker vermuteten; er war aber nicht dort anwesend; auf dem Wege dahin sind in der Leipziger Straße vielfach Mißhandlungen an Kilian erstattet, wobei der Zeuge die Empfindung gehabt hat, Kilian sei der Leiter des Ganzen.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag vormittag vertagt.

Der Deutschnationale Volksverein an Helfferich

Der Deutschnationale Volksverein für Halle und Saalkreis hat an den Staatsminister a. D. Exzellenz Helfferich folgendes Telegramm gesandt:

„Der heute tagende große Ausschuß des Deutschnationalen Volksvereins Halle und Saalkreis begrüßt Ew. Exzellenz in Treue und in vollster Zustimmung für Ew. Exzellenz entschiedenes Auftreten im Untersuchungsausschuß und hofft auf einen baldigen Wiederaufbau unseres Vaterlandes."

Die neuen Gaspreise

Der Magistrat gibt bekannt:

Der Preis für 1 Kubikmeter Niederdruckgas beträgt bei Verwendung zum Beleuchten, Kochen und Heizen 50 Pfg., zum Betriebe von Gastraftmaschinen und für andere gewerbliche Zwecke 48 Pfg.

Die Gasabgabe durch Münggasmesser erfolgt nach Form A zum Preise von 50 Pfg. für 1 Kubikmeter, nach Form B zum Preise von 53 Pfg. für 1 Kubikmeter.

Der Pauschalpreis beträgt für 1 Leuchtflamme von etwa 100 Kerzen Helligkeit bei nicht mehr als 2 Flammen in der Zeit vom 1. April bis 30. September 3,50 Mk., vom 1. Oktober bis 31. März 4,75 Mk., für jede weitere angeschlossene Flamme 2,80 bezw. 3,50 Mk., für 1 Leuchtflamme von etwa 50 Kerzen Helligkeit bei nicht mehr als 2 Flammen in der Zeit vom 1. April bis 30. September 2,20 Mk., vom 1. Oktober bis 31. März 3 Mk., für jede weitere angeschlossene Flamme 1,50 Mk. bezw. 2 Mk. monatlich.

Dieser Nachtrag tritt mit der Gasmesserablesung bezw. bei Pauschalpreisabnahme mit dem Tage der Abrechnung im November 1919 in Kraft.

— Der Verband Hallescher Frauenvereine veranstaltete am Sonnabend seinen ersten Vortragsabend. Frau Wolff, die Vorsitzende, führte einleitend aus, daß hier den Frauen Gelegenheit geboten werden soll, sich zu ihrer staatsbürgerlichen Betätigung durch parteipolitisch neutrale Vorträge zu bilden. Professor Boehmer will diesen Zwecken dienen, indem er drei Vorträge über Weltanschauungsprobleme hält. Der erste Vortrag betraf die Grundlagen einer politischen Weltanschauung. Anknüpfend an die Schrift des schwedischen Gelehrten R. Kjellin „Die Ideen von 1914", die den Weltkrieg als einen gewaltigen Erstenkampf der Ideen der französischen Revolution von 1789 gegen die deutschen Ideen von 1914 proklamiert, gab Redner zunächst einen allgemeinen Ueberblick über die beiden entgegengesetzten staatsphilosophischen Weltanschauungen des Individualismus und des Ueberindividualismus. Für die erstere ist Endziel alles menschlichen Lebens und daher auch alleiniger Wertmaßstab auch für die innen- und außenpolitische Tätigkeit des Staates die freie Selbstentfaltung der Persönlichkeit, ein Grundsatz der für das praktische Innenleben zu einer Beschränkung der Funktionen des Staates auf den notwendigsten äußeren Schutz seiner Angehörigen, für die zwischenstaatlichen Beziehungen zum Ideal eines übernationalen Weltstaates und damit zu einer absoluten Verwerfung jedes Krieges führe. Demgegenüber hat die Idee einer überindividuellen Staatsgehörigkeit im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr die Formen des Autoritäts- und Machtstaates angenommen. Nachdem der Vortragende den Machtstaatsgedanken in seine innen- und außenpolitischen Konsequenzen verfolgt hatte, kam er zu dem Schlusse, daß nach dem Zusammenbruche von 1918 weder die rein individualistische Freiheitsidee noch die rein überindividuelle Machtstaatsidee die Grundlagen des deutschen Wiederaufbaues bilden können, sondern nur eine Vereinigung der beiden zu einem neuen Staats- und Menschheitsideal, das sich auf die nationale Kultur gründe. Die Ausführungen des Redners werden gewiß zu einer Aussprache anregen für die im Anschluß an die folgenden mit diesem ein Ganzes bildenden Vorträge, Gelegenheit geben. — Der nächste Vortrag findet Donnerstag, um 6¼ Uhr, im Auditorium maximum statt.

— Der Verband Hallescher Frauenvereine und die Gefangenen. Die Halleschen Frauen wollen den heimgekehrten Gefangenen ein Zeichen ihres freundlichen Gedenkens geben und haben zu der am Freitag, abends um 8 Uhr in der Marktkirche stattfindenden musikalischen Vesper die erste Empore für die aus der Gefangenschaft Heimgekehrten reserviert. Die Programme, die zum freien Eintritt berechtigen, bekommen sie im Gefangenen-Heimkehr-Heim am Bahnhof bei Herrn Tittel von heute an. Diese Abendmusiken, veranstaltet von Herrn Klanert mit seinem Stadtsingechor, sind vielen schon eine liebe stille Herzensfreude geworden, sollten sie bei unseren Gästen auch Anklang finden, so wird der Verband versuchen, zu den folgenden Vespern wieder Programme zur Verfügung zu stellen. Event. Wünsche bitten wir an die erste Vorsitzende des Verbandes, Frau Irma Wolff, oder an Herrn Juwelier Tittel zu richten.

— Verband Hallescher Frauenvereine. Der zweite Vortrag von Professor Böhmer über „Weltanschauung und Religion" findet am Donnerstag, den 20. November, 6¼ Uhr im Auditorium maximum der Universität statt. Karten zu diesem Vortrag sind noch an der Kasse zu haben.

— Deutschnationaler Jugendbund. Die für heute, Mittwoch, früh um 10 Uhr angesetzte Uebung des gemischten Chors fällt mit Rücksicht auf den Gottesdienst aus. Späterer Uebungstag wird noch bekannt gegeben.

— Der Hallesche Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung beging am Sonntag nachmittag sein Jahresfest in der Moritzkirche. Eine treue Schaar von Freunden der Arbeit, die der verschneiten Wege und der Kälte im Raume nicht achtete, hatte sich dazu eingefunden. An Stelle des auswärtigen Festredners, dem das Kommen unmöglich gemacht war, predigte Oberprediger Keller, selbst ein eifer Eichsfelder, voll Herzenswärme über das Losungswort des Vereins G. 6, 10. Der stellv. Vorsitzende Lic. Baumann gedachte in seinem Bericht des verewigten D. Wächtler und schilderte dann die Notlage der Pflegelinge des Vereins im Südosten unsres Vaterlandes; die Sammlung ergab die stattliche Summe von 133,34 M.

— Geflügel- und Kaninchen-Ausstellung. Wie alljährlich, so veranstaltet der Hallesche Geflügel- und Kleintierzüchterverein e. V. auch in diesem Jahre eine Geflügel- und Kaninchenschau, die am Sonnabend und Sonntag, den 22. und 23. d. M. in den Räumen des „Augustinerbräu", Mittelstraße 14/15, stattfindet. Freunden der Kleintierzucht kann der Besuch der Ausstellung nur empfohlen werden.

— Vortrag Kessemeier. Der wegen der Bahnsperre verschobene Vortrag „Es gibt ein Fortleben nach dem Tode" von H. Kessemeier findet nunmehr am Sonntag, den 23. November, abends 7 Uhr im „Mozartsaal" statt. Die früher gelösten Karten haben Gültigkeit.

— Das dritte Zyklus-Konzert der Desoor-Gesellschaft findet unter Mitwirkung des Kammersängers Heinrich Hensel am Dienstag, den 25. November statt. Karten bei H. Hofhan.

— Zauberabend von John Edward. Auf den am Donnerstag abend um 8 Uhr im Saale der „Loge zu den 5 Türmen" stattfindenden Vortragsabend des Zauberers und Illusionisten John Edward wird hierdurch nochmals hingewiesen.

*

Pfitzner-Zyklus im Stadttheater

Professor Dr. Hans Pfitzner ist am Montag früh bereits in Halle eingetroffen und leitet persönlich alle Proben zu den Veranstaltungen des Pfitzner-Zyklus. Infolge der Verlegung des Lieder-Abends und des Orchester-Konzerts ist Frau Elisabeth Schumann nicht mehr in der Lage, mitzuwirken, an deren Stelle wurde die als Pfitzner-Interpretin berühmte Konzertsängerin Wien. je Lauprecht-van Lammen verpflichtet. Die erste Aufführung im Pfitzner-Zyklus „Der arme Heinrich" findet am Mittwoch, den 19., abends 7½ Uhr in der bereits bekanntgegebenen Besetzung statt. Zweite Veranstaltung ist der Lieder-Abend am Sonnabend, den 29., in dem Frau Wiente Lauprecht-van Lammen ausschließlich Komposition von Pfitzner unter Begleitung des Meisters zum Vortrag bringt. Der Lieder-Abend beginnt pünktlich um 8 Uhr. Eine Wiederholung des „Armen Heinrich" unter Professor Dr. Hans Pfitzners Leitung ist für Sonntag, den 23. abends 7½ Uhr angesetzt. Sonderkarten werden bis zum Mittwoch an der Kasse des Stadttheaters verabfolgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911191-14/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Gefängnisferien wegen Kohlenmangels

Weimar, 18. Nov. (Drahtbericht.)

Wie uns unser L-Berichterstatter meldet, haben in Weimar sämtliche Gerichtsbehörden wegen Kohlenmangels den Dienst eingestellt. Die Schwerverbrecher wurden nach einem anderen Orte übergeführt, während diejenigen, die nur leichtere Delikte auf dem Gewissen haben, bis auf weiteres entlassen sind.

*

g. **Aus dem Elsterlale**, 18. Nov. (Einstellung der Feldarbeiten.) Infolge der erneut eingetretenen heftigen Schneefälle und des Kälterückgangs, bei dem das Quecksilber des Thermometers bis 6 Grad unter Null sank, ist nun auch das Pflügen der Felder, das trotz der winterlichen Einflüsse immer noch ausgeführt werden konnte, unterbunden und somit die Einstellung der Feldarbeiten Tatsache geworden. Leider stecken auch in den hiesigen Feldmarken noch Hunderte von Morgen Zuckerrüben, die noch gerodet werden sollen und verschiedene Pläne harren noch der Bestellung mit Brotgetreide. In landwirtschaftlichen Kreisen gibt man immer noch die Hoffnung nicht auf, daß durch Aufbrechen der Witterung die Feldarbeiten noch zu einem befriedigenden Abschluß geführt werden können. Die Zufuhr von Rüben nach den Fabriken mußte leider auch unterbleiben, so daß die Arbeitsabschnitte derselben eine jähe Unterbrechung erfahren.

g. **Dieskau**, 18. Nov. (Treibjagd.) Bei dem kürzlich erfolgten Abtrieb des dem verstorbenen Herrn Kammerherrn von Bülow gehörigen Jagdgeländes wurden von 16 Herren in den einzelnen Treiben zusammen 263 Hasen zur Strecke gebracht. Der Bestand an Hasen war ein recht reichlicher, so daß bisweilen ganze Scharen die Schützenkette zu durchbrechen und das Weite suchten.

z. **Dudersstadt**, 17. Nov. (Endlich eine Bürgerwehr.) Eine Einwohnerwehr ist nach langem Zögern endlich auch hier ins Leben gerufen worden. 250 Bürger, in erster Linie gediente Leute, haben sofort ihren Beitritt erklärt, so daß wir gegen äußere Gefahren gesichert sein dürften.

z. **Vom Eichsfelde**, 17. Nov. (Gewaltiger Schneefall.) Am Sonntag hat auf dem Obereichsfelde der Schnee eine solche Höhe erreicht, daß der Ueberlandverkehr nur noch durch Schlitten aufrechterhalten werden kann. Besonders am Sonnabend herrschte ein intensives Schneetreiben. Auch heute schneit es noch Auf der eichsfeldischen „Höhe" stecken noch Kartoffeln im Boden. Die Rübenernte hatte noch gar nicht begonnen. Die Herbstjagd wurde ebenfalls unterbrochen. In den Laubwäldern ist, da die Blätter noch nicht abgefallen sind, der Schnee sich also lagern konnte, großer Bruchschaden entstanden.

z. **Vom Eichsfelde**, 17. Nov. (Viehabgabe an den Feindbund.) Nach Mitteilung des Tierzuchtinspektors Ausfeld im landwirtschaftlichen Kreisverein soll der Kreis Heiligenstadt abliefern: 14 tragende Kühe, 9 Kühe in Milch, 16 Färsen, 4 Bullen und 4 Jungrinder der Niederungsrasse, ferner 261 englische und Merinofleischschafe. Da diese hier nicht gezüchtet werden, so kann der Kreis seiner Lieferungspflicht nicht nachkommen. Die Anzahl der abzugebenden Pferde steht noch nicht fest.

i. **Schönhausen**, 18. Nov. (Ein Kreistag der Ortsgruppe des Deutschnationalen Jugendbundes) im Jerichower Kreise fand hier statt. Zum 1. Vorsitzenden wurde Prorektor Meyer-Genthin gewählt. Die Frage, ob Juden in die Kreisgruppe aufgenommen werden dürfen, wurde verneint. Herr Hasselbacher hielt einen Vortrag über das Thema: „Was hat der 9. November dem deutschen Volke, der Jugend, gebracht, und was wird er ihnen noch bringen?" Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wenn der 9. November unserm Volk nur Schmach und Schande gebracht hat, bringt und bringen wird, dann wollen wir die Hände zum Himmel erheben und rufen: Gott fluche den 9. November!" Wenn aber dieser Tag unser Volk läutert, durch Schicksalsschläge ermannt, ertüchtigt, in ihm den Geist von 1813 erweckt, dann wollen wir sagen: Gott segne den 9. November!

— **Schönewerda**, 17. November. (Hohe Pachtpreise.) Ungewöhnlich hohe Ergebnisse wurden bei der Verpachtung eines Teiles der hiesigen Schulländerei erzielt. Ein ca. 3½ Morgen großer Plan im Riete brachte 717,50 Mark Pacht, pro Morgen 205 Mark. Ein 10½ Morgen großer Plan im Felde in fünf Parzellen zu je 2,1 Morgen hatte als Pachtergebnis 1638 Mark. Ein Mehr gegen die alte Verpachtung von über 1800 Mark kommt der Schulkasse zugute.

R. **Dessau**, 18. Nov. (Eröffnung der Volkshochschule.) Gestern abend wurden hier in Gegenwart der staatlichen und städtischen Behörden, sowie von Vertretern der Handelskammer und sämtlicher kaufmännischer Vereine die Volkshochschulkurse eröffnet. Der Leiter der Kurse, Direktor Blum, betonte in seiner Ansprache, daß die Kurse nicht nur wirtschaftliche, technische und staatsbürgerliche Bildung vermitteln wollen, sie erstrebt in erster Linie eine sittliche Erneuerung des Volkes. Bisher haben sich über 1100 Teilnehmer gemeldet.

n. **Köthen**, 17. Nov. (Der Gemeinderat) änderte die Lustbarkeitssteuerordnung dahin ab, daß von Einzelpersonen ausgehende Veranstaltungen nur dann steuerfrei sein können, wenn sie ausschließlich höheren künstlerischen Zwecken dienen und jedwede Verdienstmöglichkeit dabei ausgeschlossen ist. — Zugestimmt wurde einer Forderung des Gaswerks, den jetzt 39 Pfg. betragenden Gaspreis auf 45 Pfg. zu erhöhen, da man sich darüber klar war, daß in einem Schiedsgerichtsverfahren die Stadt unterliegen würde. Nachdem der Gemeinderat dem Konzertverein zur Förderung der Kunstpflege 5000 Mk. zugebilligt hatte, haben jetzt auch der Bachverein und die Stadtkapelle gleiche Gesuche eingereicht, auch für die Volkshochschule wird eine Beihilfe von 5000 Mk. gefordert. — Im benachbarten Elsnigk wurden in der vorletzten Nacht dem Bauunternehmer M. die gesamten Schlachtwaren eines kürzlich geschlachteten Schweines gestohlen. Auch im vorigen Jahre wurden dem Bestohlenen aus dem gleichen Raume die Fleisch- und Wurstvorräte herausgeholt, offenbar auch von denselben Spitzbuben.

n. **Köthen**, 18. Nov. (Die Kleinbahn Köthen—Radegast) hat infolge der Schneeverwehungen schon am Sonnabend mittag den Betrieb einstellen müssen und am Montag abend waren die Gleise noch soweit freigelegt, daß die Züge hätten fahren können. Diese „Schneesperre" dürfte voraussichtlich noch mehrere Tage dauern.

— **Leipzig**, 18. Nov. (8000 Mark Belohnung für die Ergreifung des Bombenattentäters.) Auch die Staatsanwaltschaft in Leipzig hat für die Ermittelung des Bombenattentäters in Leipzig-Schleußig eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt, so daß die Gesamtbelohnung nunmehr 8000 Mark beträgt. Die Erörterungen der Kriminalpolizei sind in vollem Gange. Eine Sichtung der Holz- und Steintrümmer hat nunmehr zweifellos ergeben, daß die sehr starke Sprengladung im Treppenhause des 2. Stockes in unmittelbarer Nähe der Tür zur Schwarzschen Wohnung an der Wohnungswand angelegt sein muß. Es dürfte somit jeder Zweifel über die Absicht, die dem Bombenattentat zugrunde lag, ausgeschaltet sein. Daß der Leiter der Technischen Nothilfe am 18. November auf Reisen war, war nur wenigen Personen bekannt.

— **Altenburg**, 17. Nov. (Um 150000 Mark geprellt.) Ein angeblicher Inspektor Vogel und ein angeblicher Reg.-Rat Wolf haben in Glauchau einen Geschäftsmann um 150 000 Mark geprellt. Dem Geschädigten war von den Gaunern ein großer Posten Rädergarn angeboten. Es sollte sich um Schieberware aus dem besetzten Gebiet handeln. Um die Ware gegen bar Geld in Empfang zu nehmen, wurde der Geschäftsmann nach Glauchau gelockt. Der Geschäftsmann verschaffte sich den Betrag und traf in Glauchau vereinbarungsgemäß mit dem angeblichen Vogel zusammen. Um zu beweisen, daß er das Geld restlos bei sich habe, ließ der Geschäftsmann den Betrag durch den angeblichen Vogel durchzählen. Nachdem dies geschehen, verwahrte letzterer den Betrag vor den Augen des Geschäftsmannes in eine Handtasche, verschloß diese und übergab sie bis zur Uebergabe der Ware, die mit einem Kraftwagen ankommen sollte, dem Geschäftsmann. Dann entfernte sich Vogel, um angeblich die Ware herbeizuholen. Der Geschäftsmann wartete vergeblich. Bei Durchsicht der Tasche stellte es sich heraus, daß kein Geld vorhanden war. Der Gauner hatte es verstanden, obwohl der Geschädigte dabeistand, das Geld verschwinden zu lassen.

— **Ilmenau i. Th.** Schneehöhe 50 Zentimeter, 25 Zentimeter Neuschnee, Temperatur —5 Grad, Skibahn gut, Rodel-, Bobsleighn und Schlittenbahn sind fahrbar. Wintersportverein Ilmenau i. Th.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Geldmarkt und Banken

Reichsbank. Nach der außerordentlich starken Anspannung in der letzten Oktoberwoche brachte die erste Novemberwoche den Anlagen der Reichsbank eine nicht unwesentliche Entlastung. Die gesamte Kapitalanlage verminderte sich um 1747 Millionen Mark auf 32 405,8 Millionen Mark, die bankmäßige Deckung für sich allein genommen, um 1750,7 Millionen Mark auf 32 264,9 Millionen Mark. Auf der anderen Seite wurden den fremden Geldern aber wesentliche größere Summen, nämlich 2825,5 Mill. Mark, entzogen, so daß die Bestände auf 9707,8 Millionen Mark, entzogen, so daß die Bestände auf 9707,8 Millionen Mark zurückgingen. Die Gestaltung des Zahlungsmittelbedarfes war wieder recht ungünstig, und zwar ergab sich eine Zunahme der im Verkehr befindlichen Banknoten und Darlehnskassenscheine um insgesamt 211,1 Millionen Mark. In der entsprechenden Zeit des Jahres 1917 waren nur 14,5 Millionen Mark und in der des Jahres 1916 30,2 Millionen Mark an solchen Geldzeichen neu beansprucht worden, während allerdings der Ausweis vom 7. November d. J. unter der Einwirkung des politischen Umsturzes ein Abströmen von 476,4 Millionen Mark an papiernen Zahlungsmitteln (Banknoten und Darlehnskassenscheinen) angezeigt. An Banknoten wurden diesmal 146,7 Millionen Mark neu beansprucht, wodurch sich der gesamte Notenumlauf auf 31 975,3 Millionen Mark erhöhte. Demgegenüber stieg der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 64,4 Millionen Mark auf 11 841 Millionen Mark. Der Goldvorrat, die Bestände an Reichskassenscheinen und Scheidemünzen zeigen, wie üblich, nur unwesentliche Veränderungen.

Der Depotzwang ab 1. Dezember. Die Verordnung gegen die Kapitalflucht tritt am 1. Dezember in Kraft. An eine Hinausschiebung der Verordnung, aus welchen Gründen es auch sei, kann nicht gedacht werden.

Aktiengesellschaften

* **Zuckerraffinerie Halle a. S.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, bei üblichen Abschreibungen der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent vorzuschlagen und einen Vortrag von 500 000 Mark zugunsten der Arbeiter und Beamten bereitzustellen, das zur Hälfte in bar und zur anderen Hälfte in Sparfonds verteilt werden soll.

Kapitalserhöhungen werden geplant: von M. & L. Heß Schuhfabrik Akt.-Ges. Erfurt zum 3,5 auf 9,5 Millionen und Hermania Akt.-Ges. vorm. Königl. preuß. Chemische Fabrik in Schönebeck a. d. E. Betrag noch nicht bekannt.

Verein für Zellstoff-Industrie Akt.-Ges. in Dresden. Die auf den 16. Dezember einberufene Hauptversammlung soll auch Beschluß fassen über die Erhöhung des Grundkapitals von 2,6 auf 4 Millionen Mark.

Baumwollspinnerei Lewenfeld i. B. in Lengenfeld. Die Verwaltung beruft nunmehr außerordentliche Generalversammlung zwecks Erhöhung des Aktienkapitals von 800 000 Mk. auf 2 Millionen Mark.

Industrie, Handel Handwerk,

* **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) einschl. der anschließenden Privatbahnen) wurden am 17. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Nahrpreßsteine gestellt 2653 Wagen zu 10 To, nicht gestellt 2354 Wagen zu 10 To.

* **Elektrolytkupfer.** (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektro. Notig.) 2063 Mark.

Fahrzeugfabrik Eisenach. Die im Anfang dieses Monats von der Verwaltung verhängte Betriebssperre wegen Lohndifferenzen ist nunmehr aufgehoben; die Verhandlungen haben zur Einigung geführt.

Die französische Reederei Worms & Co. hat den regelmäßigen Dampferverkehr zwischen Hamburg und den französischen Häfen wieder aufgenommen und in Hamburg eine eigene Niederlassung gegründet.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. In der stark schwankenden Kursgestaltung an der Börse drückte sich die nervöse und unsichere Haltung heute wiederum deutlich aus. Dabei ist die Grundstimmung nach wie vor als fest zu bezeichnen, und das Geschäft bleibt besonders in ausländischen Werten lebhaft, während es in deutschen im allgemeinen stiller ist. Infolge der starken Entwertung der Markvaluta erfuhren ausländische Werte bei lebhaften Umsätzen neue sprunghafte Steigerungen. Kanadas wurden mit ungefähr 81—100 Prozent, Baltimore 30, Staatsbahn, Orientbahn und Türkischer Tabak ungefähr 23 Prozent höher umgesetzt, wogegen in Schantungbahn starke Realisationen einen Rückschlag um 6 Prozent bewirkten. Schiffahrtsaktien hatten ansehnliche Rückgänge im Verlaufe ziemlich wieder ein. Von Montanwerten wurde Phönix 15 Prozent niedriger, die übrigen Werte ungefähr 3—6 Prozent. In Farb-, Elektrischen und Spezialwerten waren die Kursveränderungen bei kleinerem Geschäft nicht bedeutend. Rückschläge bis 5 Prozent bildeten aber immerhin hier die Mehrheit. Von Petroleumwerten lagen Stern weiter fest. Kolonialwerte bezeichneten bei kleineren Umsätzen weiter mäßige Erholungen. Der heimische Rentenmarkt war schwach. Kriegsanleihe 78%. Starkes Angebot zeigte sich auch in Pfandbriefen und besonders in Staatsanleihen. Oesterreichische und ungarische Anleihen sind still, aber fest.

Produktenbericht. Die neuen Schneefälle erschweren die Lieferung der Ware am Produktenmarkt bedeutend, so daß sich das Geschäft in engen Grenzen halten muß. Das Angebot in Hafer bleibt rein, zumal man andermärts höhere Preise als hier bewilligt. Wegen der Befürchtung einer weiteren Ausdehnung der vereinzelt eingetretenen Kreissperre für Hülsenfrüchte hat sich die Nachfrage nach diesen noch verstärkt, so daß die Preisgestaltung für alle diese Artikel ebenso wie für Stroh und Heu unverändert fest bleibt.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 18. November. Preise für 100 kg in Mark. Raffinadekupfer: 1850/1900. Orig.-Hütten-Weichblei: 560/590. Hüttenrohzink: 350, desgl. im freien Verkehr: 520/540. Orig.-Hütten-Aluminium: 2500/2600. Banca-Straits-Hütten-Zinn: 5100/5200. 98%ig. Hütten-Zinn: 5100—,00. 98%ig. Reinnickel: 3400/3500. Antimon-Regulus: 800/850.

Hafernotierungen:

Berlin, 18. Novbr. Inländischer Hafer für 1000 kg in M. Loko ab Speicher frei Wagen 1820. loko ab Bahn — Tendenz sehr fest.

Anzahlungen.

Berlin, 18. November.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1068.50	1701.50	Oesterreich abgst.	29.95	[illegible]
Dänemark	949.25	950.75	Prag	70.65	[illegible]
Schweden	1049.25	1050.75	Ungarn	26.95	[illegible]
Norwegen	1009.25	1010.75	Spanien	[illegible]	[illegible]
Schweiz	824.25	825.75	Finnland	155.75	[illegible]
Oesterreich	—,—	—,—			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			Deutsch-Luxemburg	[illegible]
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX		76.—	Deutsche Uebersee-El.	[illegible]
5% Deutsche Reichsanl.		78.50	Deutsche Erdöl	[illegible]
3½ „ „		70.60	Deutsche Gasglühl.	[illegible]
3 „ „		65.25	Deutsche Kali	[illegible]
3 „ „		65.10	Deutsche Waff. u. Mun.	[illegible]
4 Preuss. Konsols		65.70	Donnersmarkhütte	[illegible]
3½ „ „		57.—	Döring u. Leihmann	[illegible]
3 „ „		55.10	Ilseerfelder Werke	[illegible]
4 Charl. Stadtanl. 8/09		95.40	Elberfelder Farben	[illegible]
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06		—,—	Felten u. Guilleaume	[illegible]
4½ n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe		—,—	Gasmotoren Deutz	[illegible]
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe		98.—	Gebhardt u. Co.	[illegible]
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911		99.—	Gebhardt u. König	[illegible]
4½ Dessauer Gas-Oblig.		—,—	Gelsenkirch. Bergw.	[illegible]
4 „ „		—,—	Glanzstoff Zuckerfbr.	[illegible]
Ausländ. Werte			Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
4 Oesterr. Kron.-Rente		31.75	Hann. Masch.	[illegible]
4 Ungar. Gold-Rente		67.60	Harpener Berg	[illegible]
4 Ungar. Kronen-Rente		37.75	Hasper Eisen	[illegible]
Eisenbahn-Aktien:			Hirsch Kupfer	[illegible]
Halberstadt-Blankenb.		67.25	Höchster Farbw.	[illegible]
Halle-Hettstedt		240.—	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Schantungbahn		138.—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Allg. Lokal-Str.		117.—	Humboldt-Masch.	[illegible]
Gr. Berl. Str.		—,—	Ilse-Bergbau	[illegible]
Magdeburg Str.-B.		—,—	Kahla-Porzellan	[illegible]
Lux. Prinz Heinrich-B.		—,—	Kaliw. Aschersleben	[illegible]
Orientbahn		35.5.—	Körbisdf. Zucker-Akt.	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:			Kyffhäuserhütte	[illegible]
Hambg. Fahrtfeln		120.50	Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Hambg.-Südamerika		212.—	Lauer Bank d. Pr. Sa.	[illegible]
Hansa-Dampfschiff		308.25	Laurahütte	[illegible]
Nordd. Lloyd		121.—	Linke u. Hofmann	[illegible]
Banken:			Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Bank für Thür.		152.—	Lothringer Hütte	[illegible]
Berl. Handelsges.		161.50	Mannesmannröhren	[illegible]
Comm. u. Diskontobank		137.—	Maschinenfabr. Backau	[illegible]
Darmstädter Bank		120.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
Dess. Landesbank		—,—	do. Caro Heg.	[illegible]
Deutsche Bank		250.—	do. Kokswerke	[illegible]
Diskonto-Comm.		179.75	Orenstein u. Koppel	[illegible]
Dresdner Bank		149.—	Phönix-Bergb.	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig		139.—	Rhein. Metall-Vorz.	[illegible]
Mitteld. Creditbank		121.—	Rhein. Stahlwerke	[illegible]
Privat-Bank		—,—	Riebeck. Montan	[illegible]
Nationalbank		124.—	Rombacher Hütten	[illegible]
Oesterr. Kredit		106.—	Rositzer Brauns.	[illegible]
Reichsbank		150.—	Rositzer Zucker	[illegible]
Industrie-Aktien:			Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Schultheiss-Brauerei		262.—	Hugo Schneider u. Co.	[illegible]
Akt. f. Anilin		228.50	Schuckert u. Co.	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.		240.—	Siemens u. Halske	[illegible]
Ammendorfer Papierf.		549.—	Stettiner Chamotte	[illegible]
Anhalter Kohlenw.		230.—	Stettiner Vulkan	[illegible]
Annaberger Steingut		221.75	Stollberger Zinkh.	[illegible]
Badische Anilin		456.50	Strals. Spielkarten	[illegible]
Bergmann-Elekt.-Akt.		175.—	Thale-Eisenhütte	[illegible]
Berl. Masch.-Ban.		241.—	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Bismarckhütte		267.25	Türkische Tabakregie	[illegible]
Boehmer Gußstahl		233.—	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau		—,—	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Chem. Griesheim		260.25	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Chem. v. Heyden		279.—	Werach.-Wesiensf. Brk.	[illegible]
Consolidation Schalke		245.—	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Cröllwitzer Papierfabr.		210.50	Wittener Gußstahl	[illegible]
Daimler-Motoren		265.25	Wrede-Mälzerei	[illegible]
			Zeitzer Masch.	[illegible]
			Zellstoff Waldhof	[illegible]
			Otavi-Minen	[illegible]

Tendenz: abgeschwächt.

Gewinn-Auszug
der
14. Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 9. Ziehungstag — 15. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loos gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 50000 M 118796
2 Gewinne zu 30000 M 206177
2 Gewinne zu 15000 M 204334
4 Gewinne zu 10000 M 122498 205265
2 Gewinne zu 5000 M 154350

86 Gewinne zu 3000 M 4799 6153 7121 12489 24868 30871 41788 43980 55737 67452 68651 69855 79014 79108 84723 86865 103013 104237 105360 115508 132589 140627 141125 153856 162437 163783 170711 171328 172897 174248 179479 184499 188571 190604 192123 200040 206558 220135 224654 224827 227820 230870 231995

10 Gewinne zu 1000 M 1909 4048 7217 10913 17419 22939 23788 27459 28981 33065 34112 37536 42998 46418 48759 49033 51251 51740 55807 56084 56794 57622 61142 64736 65834 70027 75022 81108 84142 85131 89544 90393 90960 93473 100321 104933 115027 123950 134641 134751 137195 139464 139933 140202 141124 146766 147496 151634 152240 153818 156016 158587 161899 163966 165906 167230 170070 173796 177104 181163 182005 183880 189408 191777 193175 199464 200394 200402 203383 215453 217872 218803 222199 226658 229143 233036 233167

194 Gewinne zu 500 M 502 914 1135 3226 5413 5476 5594 6977 8857 9975 10397 14186 15211 15701 17568 19907 20045 27044 27844 28788 30138 41038 42784 43025 43535 46038 46701 47189 49370 50926 52339 52786 55966 56458 57785 58839 58611 67205 71775 72925 73597 76943 80998 84221 88019 89217 92064 93723 96677 98198 98857 103812 107348 112065 115278 115844 117357 118328 119299 119382 121383 126000 132429 134637 135997 136488 140421 148799 149204 162310 163981 164543 166165 168177 168601 168929 171509 180855 187878 188223 189320 191834 205915 207390 210960 212136 215186 215833 219403 221180 223847 229336 231857 233380

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

88 Gewinne zu 3000 M 1863 2553 10409 28732 29007 29854 29879 30170 38246 46978 49654 50220 55111 55224 58455 72405 73593 80842 110331 109027 110899 112560 124970 126852 132299 137233 137333 140997 145030 148097 150750 152718 155570 160372 174101 176625 187484 187549 192847 207450 214823 215283 224624 230025

54 Gewinne zu 1000 M 31 2272 5085 9936 12592 13483 13480 18408 23332 23983 30547 32570 33955 37116 47332 54363 55301 56407 57130 73230 74358 75906 83633 88389 94149 102555 104889 106126 108287 108972 109489 112984 114882 117708 121314 122765 132857 144484 146830 146038 147322 151201 154036 154430 155384 157505 159416 160330 160882 162771 164696 168327 167309 167315 169560 170618 173469 175993 177579 178561 179287 185731 186871 190706 193867 196445 198721 206872 207123 208175 216721 233569

194 Gewinne zu 500 M 1323 1592 3848 4044 4613 4771 5285 5446 6401 6144 10271 21754 23274 26147 26791 33847 34013 36868 41480 42444 45390 48041 48545 55524 56531 58932 59358 59764 60358 62488 70122 72046 74668 75879 75992 78191 81325 81993 82118 83754 84067 90267 91743 93603 94600 96506 98274 105904 107594 114012 118211 119518 120602 122498 123722 124551 129635 132813 134 141507 145018 147765 150878 151850 152562 153358 153441 154 160471 164580 164816 165318 181207 182800 187160 187301 188989 189990 191797 192518 193950 200224 201354 203959 205963 207854 209758 216658 217776 219773 227491 228303 233383

Hauptschriftleiter Helmut Bötticher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bötticher; für politische Rundschau, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Carl Krehan, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Infolge der neuen Beschränkung in der Gasversorgung können am Donnerstag morgen, also nach dem Bußtag, in Halle keine Zeitungen erscheinen. Die nächste Nummer der „Halleschen Zeitung" erscheint somit Donnerstag nachmittag zur bewußten Stunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911191-14/fragment/page=0004